

# Aktionsformen und Bedingungen des Widerstands in der Arbeiterschaft

von Hans Mommsen

Der Aufstieg des Nationalsozialismus vollzog sich in schärfster Auseinandersetzung mit der organisierten Arbeiterbewegung. Es war von vornherein klar, daß ein Ausgleich oder vorübergehendes Arrangement zwischen faschistischer Bewegung und den sozialistischen und kommunistischen Parteien unmöglich war, noch bevor die NSDAP unter Desavouierung der Kräfte des linken, pseudosozialistischen Flügels offen das Bündnis mit Kreisen der Wirtschaft suchte. Die NSDAP verdankte der rücksichtslosen Frontstellung gegen Sozialdemokratie und Kommunisten eine gesteigerte Anziehungskraft bei breiten bürgerlichen und bürgerlichen Gruppen. William Sheridan Allan hat in einer eindrucksvollen Lokalstudie über den Prozeß der nationalsozialistischen Machteroberung in Northeim deutlich gemacht, in wie starkem Maße antisozialistische und antikommunistische Ressentiments Hitler den Weg ins Reichskanzleramt und zur totalen Diktatur geebnet haben.<sup>1</sup> Dies widerspricht nicht dem Tatbestand, daß die übergroße Mehrheit der deutschen Großindustriellen sich nur zögernd und erst nach dem Scheitern des autoritären Experiments v. Papens für den nationalsozialistischen Führer einsetzte.<sup>2</sup>

In der NSDAP war die Arbeiterschaft, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, klar unterrepräsentiert. Auch unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit in der Zeit der Weltwirtschaftskrise stieg der Arbeiteranteil an der NSDAP-Mitgliedschaft nur in geringem Umfang. Trotz ihrer ursprünglich auf die Gewinnung der großstädtischen Zentren ausgerichteten Strategie konnte sich die NSDAP in den industriellen Ballungszentren niemals wirklich durchsetzen. Ihre überproportionale Stärke erreichte sie in den Klein- und Mittelstädten und auf dem platten Lande, abgesehen von den traditionell katholischen Gebieten. Die verfügbaren sozialstatistischen Daten zeigen, daß vor allem die Industriearbeiterschaft gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda weitgehend immun war. Erfolge erzielte die NSDAP bei jenen Gruppen der Arbeiter, die eine Affinität zu mittelständischen Berufen hatten, im öffentlichen Dienst standen oder im tertiären Sektor tätig waren.<sup>3</sup> Die nationalsozialistische Führung konnte es zu keinem Zeitpunkt wagen, eine nationalsozialistische Gewerkschaft ins Leben zu rufen. Deren späte Surrogate – die NSBO und die DAF – waren niemals instande, gewerkschaftliche Funktionen wahrzunehmen. Wo dies im Ansatz geschah, wurden sie – wie die NSBO – aufgelöst oder – wie die DAF – durch die Einrichtung der Treuhänder der Arbeit von den eigentlichen sozialpolitischen Aufgaben ferngehalten. Trotz des massiven politischen Drucks, der auf die Belegschaft ausgeübt wurde, sah sich das Regime gezwungen, die Betriebsräte durch DAF-Vertrauensleute zu ersetzen.

<sup>1</sup> The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1930-1935, London 1966, S. 26ff.

<sup>2</sup> Vgl. Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 29ff. und 150ff.; Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII (1973), S. 437ff.; Turners Entgegnung in HZ 221 (1975), S. 18-68 und Stegmanns Antwort darauf in Archiv für Sozialgeschichte XVII (1977), S. 275-296 bringen eine Präzisierung der beiderseitigen Positionen. Bei Stegmann die neueste Spezialliteratur.

<sup>3</sup> Übersicht über den Forschungsstand bei H.-A. Winkler: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 97f., 115; ders.: German Society, Hitler and the Illusion of Restoration 1930-33, in: Journal of Contemporary History 11 (1976), S. 2 und 14; Vgl. Michael Kater: Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Faschismus als soziale Bewegung, S. 25 ff.

Auch die Vertrauensleutewahlen mußten nach 1935 unterbunden werden, da deren Ergebnisse für die DAF zu einer öffentlichen Blamage zu führen drohten.<sup>4</sup>

Hitler selbst war sich der Tatsache bewußt, daß es nicht gelungen war, die Arbeiterschaft mit dem nationalsozialistischen Regime zu versöhnen, so sehr die offizielle Propaganda bemüht war, durch die Beschwörung der „Volksgemeinschaft“, die Aufwertung des „Arbeiter“-Begriffs und die Simulation sozialer Gleichheit den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Immer wieder brach bei Hitler die Befürchtung durch, es könne sich eine Situation wie diejenige des Novembers 1918 wiederholen und die Arbeiterschaft in offenen Protest gegen das Regime treten.<sup>5</sup> In entscheidenden Spannungssituationen trat dieses Trauma des nationalsozialistischen Diktators immer wieder hervor. So wenig er an innenpolitischen Materien im engeren Sinne Interesse zeigte, so sehr war er darauf bedacht, Maßnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden, die die Oppositionshaltung der Arbeiterschaft verschärfen könnten. Tim Mason und Alan Milward haben gezeigt, wie stark Befürchtungen dieser Art sowohl die Arbeitsmarktpolitik wie die Führung der Kriegswirtschaft beeinflusst haben.<sup>6</sup> Hitler hat diese Unsicherheit stets zu überspielen versucht. Sie erklärt seine ständige Beschwörung der Notwendigkeit, fanatische Geschlossenheit zu zeigen. Sie bestärkte seine im übersteigerten Antibolschewismus kulminierende Flucht vor der Realität.

Die hergebrachte Kampfstellung des Staatsapparats gegen die KPD, die starke antisozialistische Orientierung der breiten Öffentlichkeit und das Bewußtsein der nationalsozialistischen Führungsschicht, im als jüdisch denunzierten „Marxismus“ den eigentlichen epochalen Gegner vor sich zu haben, hatte, was die innenpolitischen Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen anbetraf, eine Politik von zweierlei Maß zur Folge. Kommunistische und sozialdemokratische Aktivitäten wurden von der Gestapo systematisch überwacht; die Hauptenergie richtete sich gegen den Widerstand in der Arbeiterschaft. Demgegenüber hatte der bürgerlich-konservative Widerstand einen größeren Spielraum, um sich zu entfalten. Es ist symptomatisch, daß der Anfang zur Aufdeckung der Verschwörung des 20. Juli 1944 – die Verhaftung von Julius Leber und Adolf Reichwein – dort lag, wo der Versuch unternommen wurde, Fühlung mit dem kommunistischen Widerstand aufzunehmen. Die Härte, mit der vor allem gegen Kommunisten vorgegangen wurde, beruhte auch auf der Überschätzung dieses Gegners und auf eingewurzelten Ressentiments selbst bei den Gestapo- und Polizeibeamten, die nicht aus der NSDAP kamen.<sup>7</sup> Bemerkenswerterweise setzten zahlreiche sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre die konspirative Tätigkeit auch nach ihrer Entlassung aus Straf- bzw. KZ-Haft trotz anhaltender polizeilicher Überwachung fort. Dies ist mit einer gewissen Nachlässigkeit der Sicherheitsorgane zu erklären, die nach der Zerschlagung der ursprünglichen Widerstandsgruppen, die vielfach unzureichend abgedeckt waren, die Illusion nährten, daß die große Masse der früher in der KPD und SPD organisierten Arbeiterschaft für das Regime gewonnen sei. Dafür sprach das Erlahmen öffentlicher Protestaktionen.

Ebenso wie vor der Machtergreifung gelang es der NSDAP auch nach 1933 nicht, trotz der Wiederbelebung der Konjunktur, die Masse der vorher mit der SPD oder KPD sympathisierenden und in den Freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft innerlich zu gewinnen, zumal angesichts des Versagens der DAF, deren sozialpolitische Ambitionen

<sup>4</sup> Vgl. Günther Gross: Der gewerkschaftliche Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Vertrauensleutewahlen, Berlin(-Ost) 1962; Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975, S. 98.

<sup>5</sup> Tim (othy W.) Mason: The Legacy of 1918 for National Socialism, in: Anthony Nicholls/Erich Matthias: German Democracy and the Triumph of Hitler, London 1971, S. 219ff.

<sup>6</sup> Mason, Arbeiterklasse, S. 134ff., 140ff.; Alan S. Milward: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966, S. 15ff.

<sup>7</sup> Vgl. die Bemerkungen von Hans-Josef Steinberg: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969, S. 62ff. über die Erfolge der Gestapo; dort Hinweise auf die einschlägige Literatur. Demnächst dazu die Arbeit von Detlev Peukert (Bochum) über die KPD im Widerstand.

durch die Einrichtung der Treuhänder der Arbeit gegenstandslos wurden. Erfolge konnte die nationalsozialistische Indoktrination nur bei denjenigen jugendlichen Arbeitern erzielen, die wegen der Arbeitslosigkeit gar nicht erst mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats in Berührung gekommen und für emotionale Appelle empfänglich waren. Die Tatsache, daß vor allem die Sozialdemokratie den Anhang in der jüngeren Generation zu verlieren drohte – die KPD vermochte die Abwanderung ihrer in starkem Maße zur Gruppe der Erwerbslosen gehörenden jugendlichen Anhängerschaft weitaus besser abzufangen –, zeigt, daß wichtiger als die unmittelbare politische Präsenz der Arbeiterparteien die aus der spezifischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung erwachsene politische Kultur eine entscheidende Barriere gegenüber faschistischer Gleichschaltung darstellte.<sup>8</sup> Die große Mehrheit der Arbeiterschaft durchschaute die innere Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Programmatik und blieb auch dort kritisch, wo diese – etwa mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm Gregor Strassers<sup>9</sup> – Forderungen der sozialistischen Parteien zu kopieren oder zu übertrumpfen suchte.

Wenn sich trotz dieser klaren Frontstellung der Arbeiterschaft gegen die faschistische Bewegung die Machtergreifung ohne massive Protestbewegungen der Arbeiterschaft vollzog, der vielbeschworene Abwehrkampf ausblieb, Reichsbanner und Eiserne Front nicht zum Einsatz gelangten, die Aktivität von SPD- und KPD-Führung sich im wesentlichen darin erschöpfte, der Gegenseite die Verantwortung dafür zuzuschreiben, daß die Einheitsfront nicht zustande kam, so war dies keineswegs nur ein Resultat der im Zeichen des „Sozialfaschismus“-Vorwurfs stehenden inneren Zerrissenheit der Arbeiterbewegung. Der strukturellen und ideologischen Immobilität der auf das Festhalten am Legalitätskurs eingeschwo- renen SPD standen die übertriebenen Hoffnungen der KPD-Führung und des EKKI gegenüber, daß die deutsche Situation zu einer revolutionären Krise heranreifen würde. In dieser Lage ging die verbleibende politische Initiative an die neben den beiden großen Parteien und ihren eingefahrenen Apparaten seit dem Ausgang der 20er Jahre sich formierenden Splittergruppen über, die in dem sich nach 1933 entfaltenden sozialistischen Widerstand eine gemessen an ihrer zahlenmäßigen Stärke weit überproportionale Rolle gespielt haben.<sup>10</sup> Es ist wenig ergiebig, darüber zu streiten, ob der SPD oder der KPD mehr Schuld an der infolge der erbitterten Auseinandersetzung der 20er Jahre unüberbrückbar gewordenen Spaltung der Arbeiterklasse gebührt; auch wenn die Fronten nicht so scharf verlaufen wären oder, wie in der Republik Österreich, die Spaltung nur marginale Gruppen betroffen haben würde, hätte sich die Entwicklung kaum anders vollzogen. Überall in West- und Mitteleuropa befand sich die Arbeiterbewegung nach Anfangserfolgen von 1918/19 in der Defensive. Infolge der Massenarbeitslosigkeit war die organisierte Arbeiterschaft nicht in der Lage, das vielbeschworene Mittel des Generalstreiks zur Verteidigung der Republik anzuwenden, zumal die NSDAP – wie in der Situation des 20. Juli 1932 – nur darauf wartete, eine derartige Situation zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen auszunützen und bei dieser Gelegenheit den

erwünschten Vorwand zur pseudorevolutionären Machteroberung zu erhalten.<sup>11</sup> Denn 1932 war es noch keineswegs ausgemacht, daß die faschistische Machtergreifung sich im Gewand der Pseudolegalität vollziehen würde.

Beide Flügel der deutschen Arbeiterbewegung überschätzten den Bewegungsspielraum, der ihnen nach dem 20. Juli 1932 und dem 30. Januar 1933 noch verblieb. Es ist schwer begreiflich, warum der Parteivorstand der SPD auch nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes Hoffnungen haben konnte, durch legalistische Anpassung, so durch die Zustimmung zu Hitlers in der Reichstagsitzung vom 17. Mai 1933 vorgelegten außenpolitischen Programm, einen Rest an Organisationsfreiheit zu bewahren. Der Konflikt mit der Berliner SAJ über die Frage des Aufbaus eines illegalen Apparats war dafür bezeichnend.<sup>12</sup> Das alles zeigte nur, daß man völlig unvorbereitet in die Phase der faschistischen Herrschaft eintrat, der man zunächst nur episodischen Charakter zumessen wollte. Noch problematischer war die Politik des ADGB, der glaubte, durch die Trennung von der SPD und durch die Schaffung einer eng an den Staatsapparat angelehnten einheitsgewerkschaftlichen Organisationen die Kontinuität gewerkschaftlicher Tätigkeit sicherstellen zu können; trotz der Warnungen der SPD-Führung und prominenter Gewerkschaftsführer ging Leipart den Weg der Anpassung, der notwendig im Debakel des 2. Mai 1933 endete.<sup>13</sup>

Es ist kein Zweifel, daß die Mehrheit der Mitglieder von SPD und ADGB die Politik der Anpassung und Selbstpreisgabe ablehnte. Das Versagen der Führung hatte jedoch eine tiefgreifende Desorientierung der Anhängerschaft zufolge. Anfänglich gab es Bestrebungen, den Parteiapparat durch halblegale Arbeit aufrechterhalten zu können. Die dilettantischen Anstrengungen, eine oppositionelle Tätigkeit zu entfalten, ohne bewußt den Weg konspirativer Aktion zu gehen, schreckten konsequentere Hitler-Gegner ab. So faßte Emil Henk in dieser Lage den Entschluß, jede Verbindung mit den Resten des sozialdemokratischen Parteiapparats und dessen konspirativem Dilettantismus zu vermeiden.<sup>14</sup> Trotz dieser Entwicklung blieb ein gewisser Zusammenhalt der aktiven Sozialdemokraten und Gewerkschaftler auf lokaler Ebene, in der Regel in Form gesellschaftlicher Verbindungen, erhalten. Im Gegensatz zur KPD-Mitgliedschaft war nur eine kleine Minderheit von Sozialdemokraten bereit, sich aktiv an konspirativen Organisationsbestrebungen zu beteiligen. Gleichwohl hielt die große Mehrheit der Mitgliedschaft der Partei die Treue. Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems zeigte das sprunghafte Anwachsen der SPD-Mitgliedschaft, daß die früheren politischen Bindungen zwar überdeckt, aber keineswegs verloren waren. Im Frühjahr 1946 verfügte die SPD trotz der Kriegsverluste und fehlenden Kriegsgefangenen einen an die Zahlen von 1932 heranreichenden Mitgliederbestand.<sup>15</sup>

Innerhalb der KPD war, trotz der beträchtlichen Mitgliederfluktuation in der Periode vor 1933, der innere Zusammenhang der Parteimitgliedschaft noch wesentlich stärker. Dazu trug der Umstand bei, daß sich die Partei bereits in der Ära der Präsidialkabinette auf die Illegalität eingestellt hatte. Die von nationalsozialistischer Seite verbreitete und von Teilen der westdeutschen Historiographie aufgenommene Vorstellung, daß es sich beim kommu-

<sup>8</sup> Vgl. die Untersuchung von Richard N. Hunt: *German Social Democracy 1918–1933*, Chicago 1964, S. 118ff. und die Studie des Verfassers: *Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilitismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus*, in: H. Mommsen (Hrsg.): *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt 1974, S. 107ff.

<sup>9</sup> Vgl. die Materialien bei Dirk Stegmann: *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus*, S. 452ff.; vgl. Robert A. Gates: *Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise von 1929–1933*, in: H. Mommsen/D. Petzina/B. Weisbrod (Hrsg.): *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 223f.

<sup>10</sup> Vgl. H. Drechsler: *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*, Meisenheim 1965; K. Klem: *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich. Dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“*, Phil. Diss. Marburg 1957; H. J. Reichardt: *Neu beginnen! Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstands der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 12 (1963); W. Link: *Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK)*, Meisenheim 1964; K. H. Tjaden: *Struktur und Funktion der KPD-Opposition*, Meisenheim 1969; Olaf Ihlau: *Die Roten Kämpfer*, Meisenheim 1969; Jutta v. Freyberg: *Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934–1937*, Köln 1973.

<sup>11</sup> Vgl. H. Mommsen: *Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944*, in: H. O. Vetter (Hrsg.): *Vom Sozialistengesetz zur Mißbestimmung*, Köln 1975, S. 275f.; Hagen Schulze: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt 1977, S. 754f.

<sup>12</sup> Vgl. Erich Matthias: *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: E. Matthias/R. Morsey (Hrsg.): *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 170ff.

<sup>13</sup> Vgl. Flannes Heeri: *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933*, Neuwied 1971, S. 101ff.; Gerhard Beier: *Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips in der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Archiv f. Sozialgeschichte* XIII (1973), S. 237f.; ders.: *Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XV (1975), S. 365ff.; H. Mommsen, *Gewerkschaften*, S. 276ff.

<sup>14</sup> Persönliche Mitteilung Emil Henks an den Verf.; vgl. Emil Henk: *Carlo Mierendorff*, in: *Reden für eine Bürgerschaft*, Darmstädter Schriften XI, Darmstadt 1962, S. 111f.

<sup>15</sup> Zur personellen Kontinuität vgl. Frank Moraw: *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948*, Bonn 1973, S. 177f.; Albrecht Kadern: *Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46*, Hannover 1964, S. 125f.



das Attentat des 20. Juli in Berliner Arbeiterkreisen überwiegend abgelehnt wurde und daß der Umsturzversuch eine vorübergehende psychologische Stabilisierung des Regimes nach sich zog.<sup>24</sup> Auch aus der beträchtlichen Steigerung der Rüstungsproduktion aufgrund der Initiativen des Ministeriums Speer ist zu schließen, daß trotz vermehrter äußerer Belastungen durch Bombenkrieg, unzureichender Verpflegung, Mehrarbeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die bei der Masse der Industriearbeiterschaft eine loyale Einstellung bis zum Ende des Krieges überwogen hat. Die von den westlichen Alliierten von der Bombardierung der deutschen Großstädte erhoffte Demoralisierung machte sich nur begrenzt spürbar.

Sowohl für den kommunistisch-sozialistischen wie für den bürgerlich-konservativen Widerstand war die Haltung der Massen die große Unbekannte. Die soziale Isolierung der Widerstandskreise des 20. Juli liegt auf der Hand. Ursprünglich auf einen autoritären Umschwung „von oben“ ausgerichtet, setzte sich seit 1941 fortschreitend die Anschauung durch, daß es notwendig sei, für die angestrebte Umsturzregierung eine Abstützung bei der Bevölkerung zu suchen. Die Agitation des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ rief den konservativen Verschwörern zum Bewußtsein, daß man nicht auf einer politischen tabula rasa operieren könne und daß man die kommunistische Widerstandstätigkeit ernst nehmen müsse. Die inneren Auseinandersetzungen über die Form und Zielsetzung der zu schaffenden demokratischen „Volksbewegung“ – diese Konzeption erinnert an westeuropäische Sammlungsbewegungen wie die RPF de Gaulles – sind Ausdruck einer auch an anderen Indizien abzulesenden Repolitisierung des innenpolitischen Klimas im letzten Drittel des Zweiten Weltkrieges.<sup>25</sup>

Für die kommunistischen und sozialistischen Widerstandsgruppen stellte sich das Problem der Massen in ähnlicher Weise. Insbesondere die KPD war ursprünglich von der Vorstellung bestimmt gewesen, auch unter illegalen Bedingungen eine breite Massenorganisation aufrechterhalten zu können. Die umfangreiche Propagandatätigkeit, darunter die Verteilung von Flugblättern und Broschüren an nicht näher bestimmte Zielgruppen, diente dieser Absicht, desgleichen die anfängliche Beibehaltung herkömmlicher Organisationsformen. Die dadurch erleichterten Eingriffe der Gestapo bedrohten vorübergehend die Kontinuität der Organisation und wirkten sich in empfindlichen Kaderverlusten aus. Leidvolle Erfahrungen zwangen zur Beschränkung der Organisation auf konspirativ abgedeckte Kader, die überwiegend vom Ausland her gesteuert wurden. Doch blieb der Anspruch der illegalen KPD erhalten, potentielle Massenbewegung zu sein. So heißt es im „Kadernmaterial der Leitung an die Genossen“ vom 1. Oktober 1943: „Eine revolutionäre Partei muß jederzeit in der Lage sein, eine breite Agitation und Propaganda unter den Massen zu entfalten und diese Tätigkeit so einrichten, daß sie in jedem günstigen Augenblick von der Agitation zur unmittelbaren Organisation von Massenbewegungen zu schreiten vermag.“<sup>26</sup> Im Prinzip war dies auch Anliegen der anderen sozialistischen Widerstandsgruppen, obwohl diese sich organisatorisch gegenüber der illegalen KPD weit stärker zurückhielten, da sie mit Recht Eingriffe der Gestapo befürchteten. Im Ausbau eines zentral gesteuerten illegalen Apparats blieben die Anstrengungen der KPD unvergleichlich. Sie trafen auf das Mißtrauen anderer Gruppen, darunter von Sopade, die sich deshalb zu enger Kontakte enthielten. Demgegenüber kritisierte die illegale KPD die Folgenlosigkeit der sozialdemokratischen „Diskutierclubs“.

Die größere Vorsicht und Behutsamkeit der nichtkommunistischen Widerstandsgruppen – der „Sozialistischen Aktion“, dem „Roten Stoßtrupp“ (eine vorwiegend aus Berliner

SAJ-Kreisen getragene Gruppierung), die „Sozialistische Front“ (Hannover), die „Roten Kämpfer“, dem ISK und den „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ – konnte nicht verhindern, daß die Gestapo aufmerksam und die Organisation relativ rasch ausgehoben wurde. Mangelnde konspirative Erfahrung und das unerwartete rasche Eindringen der Gestapo in die über die Grenzsekretariate laufenden Verbindungen zum Prager Parteivorstand bewirkten, daß die meisten sozialdemokratischen Widerstandsgruppen bereits 1935 aufgegeben waren. Im Gegensatz zur KPD verzichtete man darauf, neue konspirative Organisationen aufzubauen. Es blieb bei losen Kontakten zwischen ehemaligen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären und bei zwanglosen, unpolitischen Treffen von Sozialdemokraten. Es ist bemerkenswert, in welchem Umfang die Gestapo über derartige Aktivitäten informiert war, während man sich auf oppositioneller Seite vielfach Illusionen machte, sich der Überwachung entziehen zu können.<sup>27</sup> Eine wirksame Abschirmung der konspirativen Arbeit gelang im wesentlichen nur der KPD, und dies auch nur in begrenztem Umfang.

Unter den gegebenen konspirativen Bedingungen und sich häufenden Eingriffen der faschistischen Polizeikräfte war es fraglich, ob die angestrebte Verbindung zu den Massen überhaupt noch realisiert werden konnte. Für die Sozialdemokratie kam hinzu, daß ihre Politik des Abwartens und des Festhaltens an der Legalität bis zum Frühjahr 1933 eine tiefgreifende Desorientierung und Enttäuschung bei der Anhängerschaft hervorgerufen hatte. Das Prager Manifest der Sopade vom Januar 1934 brach mit dieser Tradition und enthielt eine klare Absage an den Reformismus, das Bekenntnis zur sozialistischen Revolution und die Forderung der gewaltsamen Eroberung der Staatsmacht. Das entsprach der wesentlich radikaleren Grundstimmung der zu aktivem Widerstand entschlossenen Sozialdemokraten und kam der Position der „Revolutionären Sozialisten“ und der Gruppe „Neu Beginnen“ entgegen. Das Programm rechnete mit dem Entstehen einer „revolutionären Situation“ und einer revolutionären Massenbewegung: „Wenn die Gegensätze im Innern des Faschismus, wenn die stets sich verschärfenden *Klassengegensätze* im Kapitalismus sich entfalten, wenn Unzufriedenheit und Enttäuschung die Massengrundlage der nationalsozialistischen Herrschaft erschüttern, wenn oppositionelle Strömungen entstehen und spontane Massenbewegungen beginnen“, werde es zur Aufgabe der revolutionären Elite werden, „die revolutionäre Organisation zur Massenorganisation zu erweitern.“<sup>28</sup> Indessen sollten die Voraussetzungen für das Entstehen einer breiten inneren Oppositionsbewegung in mehrerer Hinsicht nicht eintreten, so daß die gesamte Perspektive verfehlt war. Das Manifest forderte die Wiederkämpfung demokratischer Rechte als Mittel zur Durchsetzung weitreichender sozialistischer Ziele innerhalb eines politischen Systems, das durchaus demokratisch-parlamentarisch verfaßt war.

Die programmatische Neuorientierung von Sopade, die 1935 zugunsten eines stärker evolutionistisch bestimmten Kurses schrittweise zurückgenommen wurde,<sup>29</sup> dürfte die erhoffte mobilisierende Wirkung bei den Massen der SPD-Mitgliedschaft nicht erzielt haben, wenn diese überhaupt noch von der illegalen Propaganda erreicht wurden. Die zunehmende Machtbefestigung des faschistischen Regimes mußte die verbreitete Resignation verstärken. Es gab keinerlei Ansatzpunkte für eine revolutionäre Aktion. Von spontanen Massenbewegungen konnte ohnedies keine Rede sein. Die Abkehr vom Reformismus und die Selbstkritik der Partei änderte nichts an der von der überwiegenden Mehrheit der Zeitgenossen geteilten Überzeugung, daß sich der demokratische Parlamentarismus überlebt hatte und daß eine Rückkehr zu Weimar, auch unter sozialistischem Vorzeichen, wenig erstrebenswert war. Hierin lag das entscheidende Dilemma des demokratischen Sozialismus. Es erklärt, warum

<sup>24</sup> Vgl. Marlis Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen, Düsseldorf 1970, S. 477ff.

<sup>25</sup> Vgl. H. Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 146ff.; ders.: Politische Perspektiven des aktiven Widerstands gegen Hitler, in: H. J. Schultz (Hrsg.): Der Zwanzigste Juli: Alternative zu Hitler, Stuttgart 1974, S. 33f.

<sup>26</sup> G. Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 1957, S. 141.

<sup>27</sup> Beispiele bei Moraw, Die Parole der „Einheit“, S. 46f.

<sup>28</sup> Zitiert nach G. Geisberg: SPD und Gesellschaftssystem, Frankfurt 1973, S. 80.

<sup>29</sup> Vgl. Günter Plum: Historischer Überblick über die Emigration, in: Widerstand, Verfolgung und Emigration, Bad Godesberg 1967, S. 97f. sowie Peter Grasmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München/Wien 1976, S. 26f.

die Masse der Anhängerschaft der Sozialdemokratie treu blieb, sich aber politisch passiv verhielt und auf eine veränderte politische Konstellation wartete. Dies und die Einsicht in die begrenzten Möglichkeiten einer demokratischen Massenbewegung macht es begreiflich, daß sich Sozialdemokraten seit 1935 an konspirativen Widerstandsgruppen weit weniger aktiv beteiligten als Kommunisten.

Für die KPD bestand der Zielkonflikt zwischen konspirativer Kaderarbeit und demokratischer Massenaktion nur in taktischer, nicht grundsätzlicher Beziehung. Parteidisziplin, bürokratischer Führungsstil und demokratischer Zentralismus wirkten zusammen mit der automatischen politischen Gefährdung ehemaliger KPD-Mitglieder daraufhin, daß der innere Zusammenhalt der Partei trotz der ständigen terroristischen Eingriffe der Polizeibehörden weitgehend erhalten blieb. Dabei spielte eine Rolle, daß für viele angestammte Mitglieder die Parteiorganisation einen maßgebenden sozialen Orientierungsrahmen darstellte. Jedenfalls ist die Treue, die die aktive Mitgliedschaft der Partei hielt, ausdrücklich zu betonen. Die Zähigkeit, mit der kommunistische Funktionäre selbst nach mehrfachen Verhaftungen und verschiedentlich nach längeren Konzentrationslageraufenthalten die konspirative Tätigkeit fortsetzten, verdient der Hervorhebung. Gewiß gab es hierfür Parallelen im sozialdemokratischen Widerstand; es wäre an Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Carlo Mierendorff<sup>30</sup> zu erinnern. Die selbstverständliche Bereitschaft der Mehrheit kommunistischer Parteimitglieder, auch unter illegalen Bedingungen und bei extrem hohem Risiko für die Partei zu arbeiten, ist eine unentbehrliche Voraussetzung für die ständige Regenerierung der kommunistischen Widerstandsapparate gewesen.

Eine andere Frage war, ob die illegale KPD den Anspruch einlösen konnte, Massenorganisationen zu sein bzw. unmittelbaren Einfluß auf die proletarischen Massen ausüben zu können. Nachdem sich die Hoffnungen, innerhalb der Betriebe in verdeckter Form politisch agitieren zu können, zerschlagen hatten, erwog die KPD-Führung die Taktik des „Trojanischen Pferdes“, d. h. der Unterwanderung nationalsozialistischer Institutionen. Jedoch war davon eine Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben nicht zu erwarten. Überall wo man versuchte, von solchen Positionen aus die Belegschaften politisch zu beeinflussen, griff die Gestapo ein. Das Ziel der illegalen KPD, ihre Stellung in den Großbetrieben auszubauen, in denen sie vor 1933 relativ schwach vertreten gewesen war, ging ebensowenig in Erfüllung. Nicht die Betriebe, sondern die proletarischen Wohnbezirke bildeten die Zentren konspirativer Kommunikation. Unter diesen Umständen lief die kommunistische Widerstandsarbeit Gefahr, über die Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhangs der Partei nicht hinauszugelangen. Darüber hinaus war jeder Schritt, der über den Kreis der engeren Gesinnungsgenossen hinausreichte, etwa durch die ungezielte Verteilung von Flugblättern und Broschüren, mit äußersten Gefahren verknüpft. Bei Lage der Dinge war es daher richtig, den Versuch zu machen, durch den Ausbau einer verzweigten Kaderorganisation für den Fall einer politischen Umsturzsituation in möglichst vielen Schlüsselpositionen präsent zu sein.

Trotz der Einheits- und Volksfrontbemühungen, die teilweise – wie das Pariser Volksfrontprogramm zeigte – die Unterstützung prominenter Sozialdemokraten fanden, blieb die illegale KPD im wesentlichen auf den Einzugsbereich der früheren Anhängerschaft beschränkt. Dies galt auch für die übrigen Richtungen des Arbeiterwiderstands. Schon aus Gründen der konspirativen Absicherung bestand wenig Neigung, Kontakte zu Persönlichkeiten aufzunehmen, die nicht der eigenen Organisation angehörten. Trotz der ständigen Bemühungen der KPD, die Einheitsfront zu praktizieren, kam es nur in begrenztem Umfang zur Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten. Dies dürfte wichtiger als die offizielle Ableh-

<sup>30</sup> Vgl. zu Leber die Werkausgabe durch Dorothea Beck/Wilfried F. Schoeller: Julius Leber. Schriften, Reden, Briefe, München 1976; Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Frankfurt-Zürich-Wien 1962; Emil Henk: Carlo Mierendorff sowie Ger van Roon, Neuordnung, S. 123-131.

nung der Einheits- und Volksfrontpolitik durch Sopade gewesen sein. Die taktisch-programmatischen Richtungsänderungen, die die KPD im Zusammenhang mit der Kominternpolitik, mit der Brüsseler und dann der Berner Konferenz vollzog und die mit der Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ zu einer grundlegenden Schwenkung zu führen schienen, haben offenbar die Rekrutierung der Widerstandskader kaum beeinflusst. Trotz des für illegale Bedingungen bemerkenswert breiten Organisationsnetzes bestanden zu keinem Zeitpunkt Bedingungen für einen Massenwiderstand, obwohl die Komintern-Führung, in Analogie zu der inneren Situation vor allem der westeuropäischen Länder, derartiges anstrebte und für möglich hielt. In der Tat ist zu keinem Zeitpunkt der Gedanke eines inneren bewaffneten Aufstandes, trotz vereinzelter propagandistischer Direktiven in diesem Sinne, erwogen worden.<sup>31</sup>

Die Frage der relativen Isolierung der illegalen Kader von den Massen der Arbeiterschaft ist einer der strittigsten Punkte in der Beurteilung des kommunistischen Widerstands. Er muß unabhängig von der kontroversen Einschätzung des Volks- bzw. Einheitsfrontproblems betrachtet werden. Tatsächlich waren zu keinem Zeitpunkt die Bedingungen für eine breite oppositionelle Volksbewegung gegen das faschistische Regime vorhanden. Die Hoffnung, die Massen gegenüber der faschistischen Propaganda zu neutralisieren, ging gegen Ende des Krieges begrenzt in Erfüllung. Aber das bedeutet nicht, daß die Voraussetzungen für die Entfesselung eines Massenkampfes gegen das faschistische Regime auch nur im Ansatz gegeben gewesen waren. Die Faschismus-Analyse der Komintern wirkte sich in einer nicht zutreffenden Einschätzung der inneren Verhältnisse im Dritten Reich insbesondere während des Zweiten Weltkrieges aus. Man neigte dazu, die eigene Berichterstattung über Protesthaltungen in der Arbeiterschaft und einzelne Arbeitsniederlegungen zu überschätzen. Man konnte begreiflicherweise nicht glauben, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft den Krieg als nationalen Verteidigungskrieg auffaßte und bei aller Kritik an der offiziellen Propaganda nicht bereit war, die Verhältnisse im bolschewistischen Rußland als Vorbild zu betrachten.

Abgesehen von Widerstandsgruppen, die sich – wie die „Rote Kapelle“<sup>32</sup> – unmittelbar in den Dienst der Sowjetunion stellten und Spionagebetrieben, umfaßte die antifaschistische Arbeit der KPD neben dem Ausbau und der Absicherung der konspirativen Organisation vor allem die Verteilung von Flugblättern, Flugschriften und Presseorganen. Erst allmählich lernte man, andere Gruppen als sympathisierende Arbeiter anzusprechen und weniger ideologische Unterweisung als Aufklärung über die Krise des faschistischen Systems zu geben. Ohne Zweifel trug der kommunistische Widerstand maßgeblich dazu bei, das von der NS-Propaganda in düsteren Farben gezeichnete Bild von Sowjetrußland zu widerlegen. Die zahlreichen Flugblätter, die Solidarität mit russischen und anderen Kriegsgefangenen aufordneten, haben auf eindruckliche Weise der Phraseologie des „Untermenschentums“ entgegen gearbeitet. Auch Aufklärung über die militärische Lage und die Widerlegung der nationalsozialistischen Propaganda hatte eine gewisse Bedeutung, um die bei breiten Bevölkerungsrunden vorhandene sinnlose Durchhaltementalität zu bekämpfen. Die Propaganda des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ war jedoch vielfach zu durchsichtig, um breitere Wirkung zu erzielen.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Vgl. den Überblick bei Günter Plum: Die Arbeiterbewegung während der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Reulecke, Arbeiterbewegung, S. 357 ff. und bei H. Laschitzka/S. Vietzke: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin(-Ost) 1964.

<sup>32</sup> Vgl. Heinz Höhne: Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle, Frankfurt 1970; G. Perrault: Auf den Spuren der Roten Kapelle, Hamburg 1969; K. H. Blernatz/L. Kraushaar: Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf, Berlin (-Ost) 1972.

<sup>33</sup> Bodo Scheurig (Hrsg.): Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1985; Gerhard Rossmann: Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ der Sowjetunion 1943-1945, München 1985; Gerhard Rossmann: Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Leipzig, in: ZGW XIII (1965), S. 1038-1043; die Auswirkungen der Tätigkeit des Nationalkomitees in Deutschland bedürfen einer eingehenden Untersuchung.

Fragt man, welches die zweckmäßigsten Aktionsformen des Arbeiterwiderstands darstellten, wird man von dem Gesichtspunkt ausgehen müssen, welche Chancen bestanden haben, die faschistische Diktatur zu schwächen oder zu stürzen. Letzteres setzte die Kooperation mit Teilen der herrschenden Eliten voraus, die nach kommunistischem Verständnis nur unterschiedliche Interessen innerhalb derselben faschistischen Struktur repräsentierten. Guerillaaktionen zur Schwächung der faschistischen Herrschaft, die zum Instrumentarium der west- und südosteuropäischen Resistance gehörten, scheinen nicht ins Auge gefaßt worden zu sein. Auch hätten sie fast keine Chancen auf Verwirklichung gehabt. Eine planmäßige Beeinflussung der öffentlichen Meinung, wie sie die westalliierte Propaganda, vielfach unter Anpassung an Sprache, Denkweise und Selbstverständnis des Regimes, betrieb, ist von der kommunistischen und sozialistischen Widerstandsbewegung nur in geringem Maße angestrebt worden. Auch fehlte es an hinreichenden Informationen über innere Vorgänge, die propagandistisch hätten ausgenützt werden können. Die Kritik an der Politik des Regimes war vielfach zu wenig auf die Mentalität der Adressaten zugeschnitten.

Die konkreten Aktionsformen des Arbeiterwiderstandes gingen vor allem von den Vorgängen in den Betrieben aus. Mund- und Flugblattpropaganda, Versuche, die Arbeiterschaft dazu zu aktivieren, ihre materiellen Interessen wahrzunehmen, gehörten ebenso dazu wie die Verteilung von Propagandamaterial auf der anonymen Basis von Telephonbüchern. Die Begrenztheit dieser Propaganda lag auf der Hand: mit Vervielfältigungsapparaten kämpfte man gegen einen wohl ausgebauten Propagandamechanismus des Regimes. Spontane Protestformen stehen neben sorgfältig angesetzten Propagandaaktionen, darunter die Agitation in der kämpfenden Truppe. Die Einfachheit der Mittel, mit denen gearbeitet wurde, macht beides deutlich: den Einsatz des einzelnen, der wohl wußte, welches Risiko er einging, und die begrenzten Möglichkeiten eines im wesentlichen auf sich selbst gestellten Widerstandes. Politisch gesehen war der auf die Schaffung proletarischer Massenorganisationen gerichtete Widerstand vergeblich, wie die Untersuchungen von Hans-Josef Steinberg und Kurt Klotzbach gezeigt haben;<sup>34</sup> als Zeugnis der Bewahrung von Humanität und Solidarität inmitten einer Orgie von Gewalt und Verbrechen hat der Arbeiterwiderstand im Dritten Reich gleichwohl bleibende Bedeutung.

<sup>34</sup> Kurt Klotzbach: *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945*, Hannover 1969. Zum Forschungsstand vgl. die Bemerkungen von Klotzbach: *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914-1945*, Bonn 1974, S. 41 f. und die Literaturübersicht S. 220-259.